

# Im Überblick ...

## Zusammengestellt von Thomas Döhne

### 12 Polizisten im Kathmandu-Tal getötet

Bei Angriffen maoistischer Rebellen auf mehrere Polizeiposten am Stadtrand von Kathmandu sind am 14. Januar 2006 zwölf Polizisten getötet und zahlreiche weitere verletzt worden. Der schwerste Angriff erfolgte auf den Polizeiposten in Thankot, der an der wichtigsten Zufahrtsstraße ins Kathmandu-Tal liegt. Dort drangen etwa 100 maoistische Kämpfer in Armeeeinheiten nach einem Stromausfall im Schutz der Dunkelheit in die Polizeistation ein und eröffneten das Feuer. Auch Waffen sind von den Rebellen erbeutet worden. Fast zeitgleich ereignete sich ein weiterer Rebellenangriff auf einen Polizeiposten in der östlich von Kathmandu gelegenen Stadt Bhaktapur. Dort waren etwa 25 bewaffnete Rebellen in einem Lastwagen vorgefahren und hatten das Feuer auf die anwesenden Polizisten eröffnet, von denen mindestens acht verletzt wurden, einige von ihnen schwer.

### Maoisten greifen Provinzhauptstadt in Westnepal an

Maoistische Rebellen haben bei einem Angriff in der Provinzhauptstadt Dhangadi in Westnepal zeitgleich zwei Polizeiposten, eine Militärkasernen sowie eine Filiale der staatlichen Nationalbank unter Beschuss genommen. Nach bisher nicht offiziell bestätigten Korrespondentenberichten aus Dhangadi sollen bei dem Angriff sieben Polizisten getötet worden sein.

### Pro-maoistischer Studentenfürher nach Freilassung wieder verhaftet

Der frühere Generalsekretär der pro-maoistischen Studentenvereinigung *All Nepal National Independent Students Union (Revolutionary)*, Himlal Sharma, der bereits im Oktober 2003 in Kathmandu von Sicherheitskräften verhaftet worden war und seither lange Zeit als „verschwunden“ galt, wurde bei einem Haftprüfungstermin am 19.12.2005 auf Anweisung des Obersten Gerichts in Kathmandu zunächst freigelassen.

Als er mit seiner Familie in einem Taxi das Gerichtsgelände verließ, wurde er im Beisein zahlreicher Menschenrechtsaktivisten von Sicherheitskräften in Zivil

sofort wieder festgenommen und erneut an einen unbekannt Ort verbracht. Die beiden zuständigen Richter Kedar Prasad Giri und Top Bahadur Magar hatten in dem Beschluss die Inhaftierung Sharmas als „illegal“ bezeichnet und seine sofortige Freilassung angeordnet. Während seiner fast 27 Monate dauernden Inhaftierung soll er nach Pressemeldungen in 32 verschiedenen Armeekasernen festgehalten und nach eigenen Angaben gefoltert worden sein. Amnesty International hatte sich wiederholt in dringenden Appellen für seine Freilassung eingesetzt.

### Maoisten beenden einseitig erklärte Waffenruhe

Die *Communist Party Nepal (Maoist)* hat ihre Anfang September 2005 einseitig erklärte Waffenruhe am 2. Januar 2006 für beendet erklärt und jedes weitere Festhalten daran als „selbstmörderisch“ bezeichnet. Der CPN (Maoist) Vorsitzende Prachanda begründete die Entscheidung zudem mit dem Mord an Dutzenden unbewaffneter Kader nach ihrer Gefangennahme in den Distrikten Palpa und Morang in den ersten drei Monaten der Waffenruhe sowie mit dem Tod des po-

pulären Parteiführers Kim Bahadur Thapa alias 'Sunil' bei einem Luftangriff.

Die vom König geführte Regierung hatte trotz wachsenden internationalen Drucks eine Erwidern des Waffenstillstands verweigert. Stattdessen hatte die königlich-nepalischen Armee (RNA) im Dezember eine groß angelegte Militäroffensive in Rolpa und anderen Distrikten Westnepals begonnen, die zum Kernland des maoistischen Aufstands zählen.

## ... Im Überblick ...

### Chinesische Waffenhilfe an königlich-nepalische Armee

China hat der königlich-nepalischen Armee (RNA) am 25.10.2005 Zusagen über Militärhilfe in Höhe von 72 Millionen Rupien (ca. 1 Mio. Euro) gemacht. Ein entsprechendes Abkommen war während des Besuchs des Oberkommandierenden der RNA, General Pyar Jung Thapa, wenige Tage zuvor in China geschlossen worden. „Die Militärhilfe wird dazu benutzt, die RNA zu stärken“, erklärte Thapa bei seiner Rückkehr wartenden Journalisten am *Tribhuvan International Airport* in Kathmandu. Die chinesische Militärhilfe erfolgt ausgerechnet zu einer Zeit, in der Indien, die Vereinigten Staaten und England ihre Waffenlieferungen ausgesetzt haben, um Druck auf die Regierung auszuüben und diese zur Einhaltung rechtsstaatlicher Normen zu veranlassen.

### Generalstreik in Kathmandu

Ein von der oppositionellen 'Sieben-Parteien-Allianz' ausgerufenen Generalstreik (*bandh*) hat am 16.12.2005 das öffentliche Leben im Kathmandu-Tal zum Stillstand gebracht. Sämtliche Einkaufszentren, Bildungseinrichtungen und Geschäftshäuser blieben geschlossen. Die Polizeipräsenz an größeren Straßenkreuzungen und öffentlichen Plätzen wurde verstärkt. An verschiedenen Stellen der Stadt kam es zu gewaltsamen Konfrontationen mit Protestierenden, mehrere Studenten wurden festgenommen. Der Generalstreik war tags zuvor auf einer Massenkundgebung der 'Sieben-Parteien-Allianz' gegen die autokratische Königsherrschaft angekündigt worden.

### Oppositionsparteien veranstalten Großdemonstration in Kathmandu

Tausende von Anhängern der oppositionellen „Sieben-Parteien-Allianz“ haben am 15.12.2005 mehrere große Demonstrationen in Kathmandu gebildet, die sich zu einer Großkundgebung gegen die autokratische Königsherrschaft vereinten. Die Demonstranten forderten in Sprechchören ein Ende der 'königlichen Autokratie', sowie die sofortige Rückkehr zu Demokratie und dem Schutz der Menschenrechte im Land.

Der Präsident des *Nepali Congress*, Girija Prasad Koirala, sagte auf der Kundgebung, eine starke und vereinigte Bewegung sei das Gebot der Stunde um das

autokratische Regime zu entmachten. Der Generalsekretär der zweitstärksten Oppositionspartei CPN (UML), Madhav Kumar Nepal, erklärte, die vom König geführte Regierung versuche, aufkeimende Friedenshoffnungen zu zerstören. Er fügte hinzu, das vor kurzem zwischen den parlamentarischen Oppositionsparteien mit den Maoisten geschlossene 12-Punkte-Abkommen sei im Interesse der Menschen und der Nation. Die Großdemonstration war der erste gemeinsame Protest der „Sieben-Parteien Allianz“ seit der königlichen Machtübernahme vom 1. Februar 2005.

### Schießwütiger Soldat verursacht Blutbad in Nepal

#### Nepalische NRO wollen Internationalen Gerichtshof einschalten

Ein betrunkenen Soldat der königlich-nepalischen Armee hat am 15.12.2005 in dem etwa 30 Kilometer östlich von Kathmandu gelegenen Ausflugsort Nagarkot ein Blutbad unter Anwohnern angerichtet, bei dem mindestens elf Menschen getötet und 19 weitere teilweise schwer verletzt wurden. Der Ort ist wegen seiner Aussichtsöglichkeiten auf die östliche Himalayakette ein beliebtes Ziel

für Nepalreisende. Nach Presseberichten soll es zu einem Streit mit jugendlichen Anwohnern gekommen sein, in dessen Verlauf der Soldat seine Dienstwaffe geholt und blindlings das Feuer eröffnet habe. Dabei sei auch der Amokläufer getötet worden. Die Armee hat den Vorfall bestätigt und eine Untersuchung eingeleitet.

#### Isolierter König

Auch wenn das gegenseitige Misstrauen nach wie vor groß ist und der inzwischen

seiner Partei mit groß angelegten Militäroperationen der königlich-nepalischen Armee (RNA) in Westnepal sowie mit der

# ... Im Überblick

Zusammengestellt von Thomas Döhne

## Nepalische Nichtregierungsorganisationen wollen Internationalen Gerichtshof einschalten

Führende Vertreter der nepalischen Zivilgesellschaft wollen den Internationalen Gerichtshof in Den Haag einschalten, um gegen den von der vom König geführten Regierung verabschiedeten Verhaltenskodex für Nichtregierungsorganisationen (NRO) vorzugehen. Dieser Beschluss wurde auf einer Versammlung von NRO-Repräsentanten am 15.11.2005 in Kathmandu gefasst. Subodh Pyakurel, Vorsitzender der Menschenrechtsorganisation INSEC sagte dazu: „Die Abwesenheit von Gerechtigkeit hier im Land hat uns die Tür zum internationalen Gerichtshof geöffnet. Wir werden in jedem Fall den Internationalen Gerichtshof anrufen und auf der Straße kämpfen.“ Der *Code of Conduct* sei ein Versuch der Regierung, die Aufklärung von Menschenrechtsverbrechen

durch die Sicherheitskräfte zu behindern. Von amnesty international, der Internationalen Kommission der Juristen und zahlreichen anderen internationale Organisationen wird die Einführung des *Code of Conduct* als ein weiterer Versuch des autokratischen Regimes bewertet, die Kontrolle über zivilgesellschaftliche Organisation zu erlangen und regierungskritische Stimmen der demokratischen Öffentlichkeit zum Schweigen zu bringen. Im *Code of Conduct* wird sozialen Organisationen jegliche politische Betätigung untersagt. Alle NRO müssen ab sofort ihre Arbeits- und Finanzberichte gegenüber Distriktbehörden, dem staatlich kontrollierten Sozialen Wohlfahrtsrat sowie den Geberorganisationen offen legen.

## Oberster Gerichtshof entscheidet gegen Regierungsanordnung

Im Streit um das von der Regierung am 27.11.2005 verfügte Sendeverbot gegen den unabhängigen Radiosender *Sagarmatha Radio FM* hat der Oberste Gerichtshof die Regierung in einer einstweiligen Verfügung angewiesen, das Senderverbot vorläufig aufzuheben. *Sagarmatha Radio FM* ist der erste Community-Rundfunksender Südasiens. Seit Dezember 1998 hatte die Radiostation mit staatlicher Genehmigung Programme von *BBC Nepali Service* übertragen. Während einer Rundfunkübertragung eines von BBC mit dem maoistischen Rebellenführer Prachanda geführten Exklusiv-Interviews war der Sender von Sicherheitskräften gestürmt und abgeschaltet worden. Die Polizei hatte technisches Übertragungsgerät beschlagnahmt und vier Journalisten verhaftet. Diese befinden sich inzwischen wieder auf freiem Fuß. Sämtliche Programme waren 44 Stunden unterbrochen worden.

## Tausende demonstrieren in Westnepal

In dem in Westnepal gelegenen Bergdistrikt Doti haben am 23.11.2005 über 8.000 Menschen mehr als eine Stunde lang vor dem Büro der staatlichen Regionalverwaltung in Dipayal für einen Waffenstillstand und die Aufnahme von Friedensverhandlungen mit den Maoisten

demonstriert. Vertreter aller Dorfkomitees des Distrikts begleitet von Tausenden von Dorfbewohnern waren trotz einer von der Distriktverwaltung angeordneten Blockade der Zufahrtsstraßen nach Dipayal gekommen. Sie übergaben dem stellvertretenden Leiter der Regional-

verwaltung eine Resolution mit Unterschriftenlisten, in der sie Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung und die Erwidern des von den Maoisten einseitig erklärten Waffenstillstands sowie die Aufnahme von Friedensgesprächen forderten.